



**Technische  
Universität  
Braunschweig**

## **Amtliche Bekanntmachungen Verköndungsblatt**

**Nr. 1040**

TU Verteiler 3

GB 1 (20 Ex)

Herausgegeben vom  
Präsidenten der  
Technischen Universität  
Braunschweig

Redaktion:  
Geschäftsbereich 1  
Spielmannstraße 12 a  
38106 Braunschweig  
Tel. +49 (0) 531 391-4306  
Fax +49 (0) 531 391-4340

Datum: 19.03.2015

### **Änderung der Geschäftsordnung des Hochschulrates der Technischen Universität Braunschweig**

Hiermit wird die vom Hochschulrat der Technischen Universität Braunschweig am 28.11.2014 beschlossene Änderung seiner Geschäftsordnung hochschulöffentlich bekannt gemacht.

Die Änderung der Ordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung am 20.03.2015 in Kraft.

## **Änderung der Geschäftsordnung des Hochschulrats der Technischen Universität Braunschweig**

### **Abschnitt I**

Die Geschäftsordnung des Hochschulrats der Technischen Universität Braunschweig vom 09.12.2008 (Hochschulöffentliche Bekanntmachung vom 06.04.2009, TU-Verkündungsblatt Nr. 598), wird auf Beschluss des Hochschulrats vom 28.11.2014 wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 Nr. 4 wird folgender Satz 2 angefügt:  
„Das Verfahren richtet sich in einem solchen Fall nach der Anlage.“
2. In § 2 Abs. 2 wird die Angabe „1. März“ durch die Angabe „1. Juni“ und das Wort „Februar“ durch das Wort „Mai“ ersetzt.
3. Die Geschäftsordnung wird um die aus dem Anhang ersichtliche Anlage ergänzt.

### **Abschnitt II**

Die Änderung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

## **Anlage 1 zur Geschäftsordnung des Hochschulrats**

### **Verfahren zur Erklärung des Einvernehmens des Hochschulrats zu Berufungsvorschlägen im Falle der Übertragung des Berufsrechts auf die TU Braunschweig**

#### **1. Rechtliche Ausgangslage**

1.1 Gemäß § 52 Abs.1 Ziffer 4 NHG hat der Hochschulrat die Aufgabe, das Einvernehmen zu Berufungsvorschlägen zu erklären, sofern der TU Braunschweig das Berufsrecht vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur übertragen wurde. Im Fall einer solchen Übertragung entscheidet gem. § 48 Abs. 2 Satz 5 NHG das Präsidium im Einvernehmen mit dem Hochschulrat über die Berufung.

1.2 Das Einvernehmen zwischen Präsidium und Hochschulrat setzt das Einverständnis des Hochschulrats zu einem Berufungsvorschlag des Präsidiums voraus.

1.3 Mit dieser Anlage zur Geschäftsordnung regelt der Hochschulrat der TU Braunschweig das für ihn geltende Verfahren zur Herstellung des Einvernehmens.

#### **2. Berufungsvorschlag des Präsidiums**

2.1 Nachdem das Präsidium gemäß § 26 Absatz 2 Satz 9 NHG über den Berufungsvorschlag entschieden hat, leitet es den Vorschlag an den Hochschulrat weiter.

2.2 Der Berufungsvorschlag enthält folgende Unterlagen:

- Bericht des Berufungskommmissionsvorsitzes über das gesamte Berufungsverfahren
- Mitglieder der Berufungskommission gem. § 26 Abs. 2 NHG und Hinweise bzgl. der Kriterien zum Ausschluss von Befangenheiten
- ggf. die Zustimmung zur Ausnahme gem. § 26 Abs. 2 Satz 4 NHG der Gleichstellungsbeauftragten
- Protokolle aller Berufungskommissionssitzungen
- Liste mit den angewandten Kriterien



- Freigabeantrag der Fakultät und Freigabebeschluss des Präsidiums
- Freigabe des MWK
- Profilpapier
- Ausschreibungstext
- Übersicht über alle Bewerbungen - Synopse mit allen Bewerberinnen und Bewerbern
- Liste mit Berufungsvorträgen: Datum, Thema, Namen der Vortragenden
- komplette Bewerbungen der Listenplatzierten
- alle eingeholten Gutachten
- Stellungnahme/ Beschluss der Fakultät zum Berufungsvorschlag
- Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten
- ggf. Stellungnahme der Schwerbehindertenvertretung
- Stellungnahme des Senats zum Berufungsvorschlag
- Beschluss des Präsidiums
- Prüfbericht des Berufungsvorschlags

2.3 Alle Dokumente des Berufungsvorschlags werden den Hochschulratsmitgliedern elektronisch bereitgestellt. Ein Exemplar des Berufungsvorschlags liegt an der TU Braunschweig zur Einsichtnahme für die Mitglieder des Hochschulrats aus.

### **3. Berichterstattung**

Der Hochschulrat benennt aus seinen Reihen eine Berichterstatterin oder einen Berichterstatter. Die Berichterstatterin oder der Berichterstatter wird über den bevorstehenden Berufungsvorschlag zwei Wochen vor der Weiterleitung des Berufungsvorschlags an den Hochschulrat (Freischaltung der Unterlagen) informiert. Die Berichterstatterin oder der Berichterstatter erstellt einen Entscheidungsvorschlag und präsentiert diesen in der Sitzung (gem. 4.1) bzw. leitet diesen eine Woche nach Bereitstellung (Freischaltung) der Unterlagen allen Hochschulratsmitgliedern zu (gem. 4.2).

Bei Verhinderung übernimmt der Vorsitzende des Hochschulrats die Berichterstattung.

### **4. Erklärung des Einvernehmens durch Beschluss**

4.1 Der Hochschulrat beschließt über das Einvernehmen zu einem Berufungsvorschlag auf seiner nächsten Sitzung, sofern der vorgelegte

Berufungsvorschlag zeit- und fristgerecht in die Tagesordnung aufgenommen werden kann.

Er trifft seine Entscheidung mit der Mehrheit seiner Mitglieder, Enthaltungen zählen als nicht abgegebene Stimmen.

4.2 Ist die Herstellung des Einvernehmens im Rahmen einer Sitzung nicht zeitgerecht möglich, erfolgt die Beschlussfassung im schriftlichen Umlaufverfahren innerhalb von zwei Wochen nach Bereitstellung (Freischaltung) der Unterlagen. Ein ordnungsgemäßes Umlaufverfahren setzt voraus, dass sich jedes Hochschulratsmitglied damit einverstanden erklärt und sodann sein schriftliches Votum zu dem Berufungsvorschlag innerhalb der vorgegebenen Frist der oder dem Vorsitzenden des Hochschulrats mitteilt.

4.3 Im Rahmen eines Umlaufverfahrens kann von einem Hochschulratsmitglied auch die mündliche Beratung eines Berufungsvorschlags in einer kurzfristig einzurichtenden Telefonkonferenz oder die Beratung in einer Präsenzsitzung des Hochschulrats innerhalb der Frist von zwei Wochen verlangt werden.

4.4 Der oder die Vorsitzende erklärt das vom Hochschulrat beschlossene Einvernehmen gegenüber dem Präsidium.

## **5. Verfahren bei Nichtherstellung des Einvernehmens**

Hat der Hochschulrat dem Berufungsvorschlag nicht zugestimmt, erfolgt eine Behandlung in der nächsten Hochschulratssitzung. Hierzu sollen Berater hinzugezogen werden. Ist auch in dieser Sitzung kein Einvernehmen herstellbar, wird der Berufungsvorschlag an das Präsidium der TU Braunschweig zur Entscheidung über das weitere Vorgehen zurückgegeben.

## **6. In-Kraft-Treten**

Diese Anlage zur Geschäftsordnung des Hochschulrats tritt am Tag nach der hochschulöffentlichen Bekanntmachung der Änderung der Geschäftsordnung für den Hochschulrat in Kraft.